

Wochenblatt

für

Pulsniß, Königsbrück, Radeberg, Radeburg, Moritzburg und Umgegend.

Amtsblatt

der Königlichen Gerichtsbehörden und der städtischen Behörden zu Pulsniß und Königsbrück.

No. 24.

Sonnabend, den 24. März

1866.

Politische Uebersicht.

Sachsen. — Das „Dresdner Journal“ schreibt: „Ein hiesiges Blatt brachte unlängst die Nachricht, der preussische Gesandte solle im Namen seiner Regierung die Erklärung abgegeben haben, daß für den Fall eines Krieges zwischen Preußen und Oesterreich seine Regierung die gewünschte Neutralität Sachsens respectiren werde, und in Folge dessen sei die schon angeordnet gewesene Mobilisirung der sächsischen Armee sistirt worden. Ein Leipziger Blatt, welches diese Notiz erwähnt, spricht zugleich, obschon mit dem Ausdrücke des Zweifels, von einer ernstlichen Drohung, die Graf v. Bismarck dem sächsischen Gesandten Graf v. Hohenthal in Berlin mit besonderer Bezugnahme auf die sächsische Presse ausgesprochen haben soll. — Beide Nachrichten beruhen vollständig auf Erfindung. — Preußen. — Durch die Verordnung vom 11. März über die Bestrafung feindlicher Handlungen gegen die souveraine Gewalt in Schleswig-Holstein hat die Regierung definitiv gegen alle und jede Ansprüche des Augustenburgers sich erklärt. Sie erklärt sich damit auch indirect gegen die ihm Seiten Oesterreichs zu Theil werdende Duldung, betrachtet seine Präension als Hochverrath und stellt ihm unzweifelhaft als sein Schicksal, wenn er auf schleswigischem, Jedemfalls auch wenn er auf preussischem Boden sich betreffen läßt, eine Verhaftung in Aussicht. — Während diesseits officiell erklärt wird, daß Preußen keinen Cabinetkrieg wolle, beginnt man in Oesterreich mit dem Säbel zu rasseln. Der Verfügung des Standrechts für den Prager, Pilsener, Biserer und Taborer Kreis giebt man die Auslegung, daß sie nicht allein wegen der Excesse des Czechenpöbels gegen die Juden, sondern auch deshalb erfolgt sei, um militairische Maßregeln in Böhmen dadurch zu verdecken. — Der bekannte Staatsrechtslehrer Professor Zacharia in Göttingen hat sich entschieden gegen den Obertribunals-Beschluß vom 29. Jan. ausgesprochen und sich dahin erklärt, daß es eine rechtliche Unmöglichkeit sei, den Art. 84 der preussischen Verfassung anders anzulegen als dahin, daß keine andere rechtliche Verantwortlichkeit der Kammermitglieder existirt als vor der Kammer selbst. — Oesterreich. — Die ministerielle österr. Zeitung widmet der Verordnung vom 11. d. folgende Bemerkung: „Wir glauben mit unserm Bedauern nicht zurückhalten zu sollen, daß jetzt die Majestät des Condominiums in die Conflictte hineingezogen wird, welche wahrlich nicht von Oesterreich hervorgerufen oder groß gezogen, in den Herzogthümern mehr und mehr hervorzutreten scheinen, und daß man diese Conflictte dadurch in einer Weise verbittert und verschärft, welche schließlich jede Lösung zu erschweren geeignet ist.“ — Oesterreich soll bedenkliche Nachrichten aus Italien, Griechenland und Rumänien erhalten haben, als stände dort ein allgemeiner Brand in Aussicht, der sich schließlich in Venedig concentriren solle. Man meldet daher bereits Pfer-

deankäufe für die Artillerie und Cavallerie. In wie weit diese für alle Eventualitäten auch Preußen gegenüber gemacht werden, steht noch dahin. — Am 15. März ist der Abschluß der neuen österreichisch-mexicanischen Militairconvention erfolgt, welche, indem sie eine Vervollständigung der früher abgeschlossenen bildet, stipulirt, daß Werbungen bis zu 2000 Mann zur Complettirung des österreichischen Freiwilligen-corps in Oesterreich veranstaltet werden können. Die Werbungen sollen alsbald beginnen. — Frankreich. — Die Opposition, vertreten durch Jules, Favre, Picard und Simon greift im gesetzgebenden Körper aufs Heftigste die Verletzung der Principien von 1789 durch die kaiserliche Regierung an. Namentlich wurde Klage über die völlige Knebelung der Presse geführt. — Die zweite Sitzung der Donaufürstenthümer-Conferenz fand gestern statt. Wie das Memorial diplomatique wissen will, wird es nicht schwer fallen, ein Einverständnis zwischen den Großmächten und der Pforte herzustellen. — England. — Man glaubt, daß das Veto des Präsidenten Johnson gegen das Fortbestehen der zum Schutz der befreiten Neger eingesetzten Bureauz zu schrecklichen Scenen führen wird, da die Wuth der ehemaligen Sclavenhalter gegen freie Neger eine grenzenlose ist. Der Präsident wird von der fixen Idee, er werde ermordet werden, so beherrscht, daß man für seinen Verstand fürchtet. Als er in seiner Rede seinen Gegnern die Absicht, ihn zu morden, zuschrieb, knirschte er mit den Zähnen und war in fürchterlicher Aufregung. An heftige Maßregeln des Präsidenten gegen den Congreß glaubt man nicht, da seine Rathgeber um ihre Köpfe bange sein müßten, wollten sie ihm einen Staatsstreich anrathen. Doch wird die Kluft zwischen ihm und dem Congreß sich immer mehr erweitern. Der Senat hat als Antwort auf das Veto den Postmeister für St. Louis nicht bestätigt. Wohin dieser Zustand der Dinge führen wird, kann Niemand sagen. So viel steht fest, daß alle Rebellenfreunde und Verräther jauchzen. — Rußland. — Von Rußland heißt es, dasselbe wolle bei einem etwaigen Kriege zwischen Oesterreich und Preußen ruhiger Zuschauer bleiben und erst wenn seine Interessen berührt oder gefährdet würden, aus seiner passiven Rolle heraustreten.

Zeitereignisse.

Kamenz. Am 16. März starb unser bedeutendster Tuchfabrikant Herr Karl Friedrich Bleyl in der Vollkraft seiner Mannesjahre, und es erleidet unsre Stadt hierdurch einen doppelt schweren Verlust, indem der Entschlafene vermöge seines ausgebreiteten, rühmlichst bekannten Fabrikgeschäfts nicht allein eine bedeutende Anzahl Bewohner und sonstige Arbeiter beschäftigte, sondern auch in seiner hervorragenden Stellung als Bür-